

## **Jahressteuergesetz 2024: Ampelregierung unter Druck wegen Zweifel!**

Der Finanzausschuss des Bundestags berät das Jahressteuergesetz 2024. Tillmann und Güntzler kritisieren fragwürdige Maßnahmen.

In Berlin hat der Finanzausschuss des Bundestags die Ergebnisse der Anhörung zum Jahressteuergesetz 2024 diskutiert. Antje Tillmann und Fritz Güntzler, finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU, äußerten sich kritisch zu bestimmten geplanten Regelungen. Tillmann bezeichnete mehrere Maßnahmen als ungeeignet, obwohl sie gut gemeint seien. In ihrer Sichtweise wird mit der Neuen Wohngemeinnützigkeit ein Ziel verfolgt, das letztlich nicht erreichbar ist: die Schaffung von mehr Wohnraum für einkommensschwache Mieter. Sie wies darauf hin, dass gemeinnützige Gesellschaften finanziell überfordert würden, da niedrigere Mieten zu wirtschaftlichen Verlusten führten.

Zusätzlich stellt die CDU/CSU die Regelung des § 21 Absatz 2 Satz 2 EStG in Frage, die Vermieter dazu zwingt, Wohnungen mindestens zu 66 % der ortsüblichen Miete anzubieten. Dies führe oft zu stetigen Mietsteigerungen, was die Belastung für Mieter erhöhen könnte. Tillmann kritisierte auch die Einführung des Mobilitätsbudgets für private Fahrten, das Arbeitnehmer zur Inanspruchnahme von Bike- und Car-Sharing-Angeboten anregen soll. Hierbei wäre eine Steuerbefreiung bis zu 2.400 Euro jährlich vorgesehen, was in ihrer Ansicht die Arbeitgeber stark belasten könnte.

# Kritik an den steuerlichen Regelungen

Güntzler hielt die geplanten Änderungen in der Umsatzsteuer für problematisch. Die ursprüngliche Absicht der Regierung, die Vermietung von Sportanlagen von der Umsatzsteuer zu befreien, hätte zu finanziellen Engpässen für Kommunen und Vereine geführt. Zwar sei diese Steuerbefreiung mittlerweile gestrichen worden, doch bleibt eine Unsicherheit bestehen: Die geplante Umsatzsteuerbefreiung für Bildungsleistungen sorgt für Verwirrung bei Musik- und Volkshochschulen. Über die Gefahr, dass Unterricht künftig teurer wird, herrscht Unklarheit.

Ein weiterer Punkt, der für Aufregung sorgt, ist die geplante Regelung zur pauschalen Umsatzbesteuerung für kleine und mittlere Betriebe. Die CDU/CSU sieht darin einen Eingriff in die parlamentarischen Befugnisse, da die Festlegung von Steuersätzen ihrer Ansicht nach im alleinigen Verantwortungsbereich des Parlaments liegt. Tillmann und Güntzler betonten die Wichtigkeit einer transparenten und fairen Diskussion über steuerliche Maßnahmen und plädierten dafür, dass auch unbequeme Themen im Parlament behandelt werden sollten.

Die Debatten um das Jahressteuergesetz 2024 verdeutlichen die Spannungen zwischen der aktuellen Regierung und der Opposition. Während die Ampelkoalition versucht, steuerliche Anreize zur Förderung von Wohnraum und Mobilität zu setzen, sieht die CDU/CSU in vielen dieser Maßnahmen eher Risiken als Chancen. Ein Ausblick auf die weitere Vorgehensweise ist unabdingbar, um die besprochenen Punkte klarer zu definieren und die Bedenken der Opposition auszuräumen. Das Thema wird sicherlich in den kommenden Wochen weiterhin intensiv diskutiert werden, da die Umsetzung des Gesetzes zahlreiche Akteure – von Mietern über Vermieter bis hin zu Bildungs- und Kultureinrichtungen – betreffen könnte.

Diese Entwicklungen unterstreichen die Wichtigkeit einer ausführlichen Auseinandersetzung mit dem Jahressteuergesetz

2024, um sowohl die Interessen der Bürger als auch die finanziellen Rahmenbedingungen für Unternehmen und Gemeinden zu berücksichtigen. Für detaillierte Informationen zu diesen aktuellen Diskussionen bietet sich ein Blick **auf [www.presseportal.de](http://www.presseportal.de)** an.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**